

TAGESTHEMA

Die Augen richten sich auf die FDP

Energiewende Ist das Nein zur Initiative der Grünen ein generelles Nein zum Atomausstieg? Oder vielmehr gerade ein Ja zum schrittweisen Ausstieg? Die Abstimmung zur Energiestrategie 2050 wirft bereits ihren Schatten voraus.

Roger Braun

Dass Abstimmungsergebnisse unterschiedlich bewertet werden, ist eine gutschweizerische Tradition. Doch gestern hatten die Interpretationen eine spezielle Relevanz. Denn am Horizont steht bereits die nächste Volksabstimmung zur Energiepolitik: jene zur Energiestrategie 2050. Diese verankert den Atomausstieg im Gesetz und fördert die erneuerbaren Energien sowie die Energieeffizienz, damit die Schweiz künftig auf die Atomenergie verzichten kann, ohne dass die Lichter ausgehen. Eine «klare Bestätigung für die Energiestrategie 2050» sah die CVP in der 54-prozentigen Ablehnung der Initiative. «Die Bevölkerung will die Energiewende», hiess es bei den Grünen. Die SP sah einen «knappen Entscheid», der deutlich mache, dass das Atomzeitalter vorbei sei. Ganz anders die SVP. «Die Bevölkerung hat klar Nein gesagt zu einem Technologieverbot, also einem Ausstieg aus der Atomenergie», sagte SVP-Präsident und Nationalrat Albert Rösti (Bern). Nie und nimmer könne man den Ja-Anteil von 46 Prozent als Ja zur Energiestrategie deuten.

Der atomfreundliche Berner Nationalrat und FDP-Vizepräsident Christian Wasserfallen sprach von einer «schleierhaften» Interpretation von Mitte-links. «Zum ersten Mal hat die Schweizer Bevölkerung seit dem Atomunfall in Fukushima über den Atomausstieg abgestimmt – und klar Nein gesagt», sagte er. Wasserfallen sieht eine verfehlt Wahrnehmung, was die Bedürfnisse der Bevölkerung angeht. «Das Volk ist nicht gegen die Atomenergie, sondern es will Kontinuität, Versorgungssicherheit und günstige Strompreise.»

Prominente FDP-Politiker sind gegen die Energiestrategie 2050

Die Energiestrategie 2050 ist das bundesrätliche Konzept für den Atomausstieg. Demnach sollen die Kraftwerke bis an ihr Lebensende laufen, dann aber nicht mehr ersetzt werden. An die Stelle der Atomkraft sollen die erneuerbaren Energien treten, die künftig noch stärker finanziell gefördert werden sollen. Dazu wird der Netzzuschlag auf den Strompreis von 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Dies kostet eine Familie jährlich etwa 40 Franken zusätzlich. Das Parlament sagte zur ersten Etappe dieser Strategie in der Herbstsession deutlich

Ja; der Nationalrat mit 120 zu 72 Stimmen. SP, Grüne, CVP, BDP und GLP stehen entschlossen hinter der Energiestrategie. Ebenso entschieden stellt sich die SVP dagegen. Sie sammelt seit gut einem Monat Unterschriften gegen das Gesetzeswerk; eigentlich niemand zweifelt daran, dass das Referendum zu Stande kommt. Als schicksalhaft könnte sich bei der Abstimmung die Position der FDP erweisen. Doch diese weiss nicht so recht, was sie will. Im Nationalrat stimmten 17 Parlamentarier für die Energiestrategie, 13 dagegen. Im Ständerat fiel die Zustimmung mit 10 zu 1 Gegenstimme deutlich aus. Allerdings: Namhafte Schwergewichte der Partei sind gegen die Energiestrategie. Innerhalb des Parteipräsidiums ist einzig der Genfer Nationalrat Christian Lüscher dafür. Dagegen gestimmt haben Präsidentin Petra Güssi, der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni, der

Walliser Nationalrat Philippe Nantermod sowie Wasserfallen.

An der Unterschriftensammlung beteiligt sich die FDP nicht, nachdem die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten dies so entschieden hat. Allerdings wird sich die Partei positionieren müssen, sobald das Referendum steht. Die CVP forderte denn gestern die FDP auch auf, Stellung zu beziehen. «Die FDP muss sich nun endlich klar zur Energiestrategie bekennen», sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister. «Gerhard Pfister hat der FDP nicht vorzuschreiben, was wir tun müssen», erwidert Güssi. Sie sieht keinen Grund, vom üblichen Verfahren abzuweichen. «Wir warten jetzt erst mal ab, ob das Referendum überhaupt zu Stande kommt, dann werden die Delegierten entscheiden.» Ob diese dem Kurs der FDP-Fraktion folgen, ist indes höchst unsicher. Innerhalb der Partei gibt es starke

«Die FDP muss sich endlich klar zur Energiestrategie bekennen.»

Gerhard Pfister
CVP-Präsident

Kräfte, die resolut gegen die Energiestrategie kämpfen. Zum Beispiel die Jungfreisinnigen: Die Jungpartei der FDP unterstützt die SVP aktiv bei der Unterschriftensammlung und wird vor der entscheidenden Delegiertenversammlung, die voraussichtlich am 25. März stattfinden wird, Rummel machen. Ein lautstarker Gegner ist auch Wasserfallen: «Eine freisinnige Partei kann nicht Ja sagen zu diesem Subventionsmonster.»

Potenzielle Abstimmung am 21. Mai 2016

Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger sieht das anders. «Mit dem neuen Gesetz schaffen wir keine neuen Subventionen.» Es würden lediglich die bestehenden ausgebaut – und das mit gutem Grund, wie Schilliger findet. «Wir haben gegenüber der Bevölkerung Versprechen gemacht, diese gilt es nun zu halten.» Schilliger spricht damit die kostendeckenden Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien wie die Fotovoltaik an. Installiert ein Bürger Solarpanels auf seinem Dach, erhält er finanzielle Unterstützung vom Bund. Das Problem ist: Das Geld reicht nicht, um die getätigten Investitionen abzugelten. «Um die Warteliste abzubauen, sind deshalb vorübergehend höhere Abgaben nötig», sagt Schilliger. Wichtig für ihn ist: «Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes kommt die Einspeisevergütung an ihr Ende, und wir machen Schluss mit der Subventionswirtschaft.» Neben der FDP tut sich auch die Wirtschaft schwer. Aufgrund der bisherigen Verlautbarungen ist beim Gewerbe ein Nein zu erwarten, aber auch bei Economiesuisse bestehen ordnungspolitische Zweifel.

Vorausgesetzt, die SVP bringt das Referendum zu Stande, wird das Volk voraussichtlich am 21. Mai nächsten Jahres über die Energiestrategie abstimmen. Dass es keinen Spaziergang für die Befürworter geben wird, legt die geplante Kampagne der SVP nahe. Auf dem Plakat ist ein weinender Junge abgebildet, daneben seine Taucherbrille. «Wegen Energiegesetz keine Ferien mehr?», fragt die SVP und spricht von jährlichen Mehrkosten von 3200 Franken pro Familie, welche der Atomausstieg bringe. «Krass tatsachenwidrig» nannte Bundesrätin Doris Leuthard diese Behauptung in einem Interview mit unserer Zeitung. Ob das die Bevölkerung ebenfalls so sieht, wird sich zeigen. Hitzig dürfte der Abstimmungskampf auf jeden Fall werden.



Eine Wohnstrasse in Niedergösgen mit dem Kühlturm des Kernkraftwerks Gösgen im Hintergrund.

Bild: Christian Beutler/Keystone (Niedergösgen, 14. Oktober 2016)

Der grüne Herbst bleibt ohne Happy End

Ergebnisse Es hätte ihr Tag werden sollen, die Umfragen machten ihnen bis zuletzt Hoffnung. Doch am Ende hatten die Grünen wieder verloren, wie schon Ende September mit ihrer Volksinitiative «Grüne Wirtschaft».

Und so tat Balthasar Glättli, der Fraktionschef der Grünen, was Verlierer gerade in der Politik immer machen: Er versuchte, der Niederlage etwas Gutes abzugewinnen, man könnte auch sagen: sie schönzureden. «Ein Achtungserfolg» seien diese knapp 46 Prozent, sagte der Zürcher Nationalrat etwa. Oder er verwies darauf, dass man mit der Atomausstiegsinitiative trotz des Neins einiges erreicht habe. «Auch die Gegner haben sich klar zur Energiestrategie 2050 und zum Klimaschutz bekannt», sagte Glättli.

li. Den Herbst 2016, der für die Grünen ein wichtiger war und ihnen an der Urne mit beiden Volksinitiativen eine Niederlage brachte, betrachtet Glättli trotz allem als einen Erfolg für seine Partei. Er sieht sie dank der beiden Initiativen im Aufwärtstrend, denn: «Umweltfragen sind jetzt wieder ein viel grösseres Thema als noch vor einem Jahr.» Damals hatten die Grünen bei den Parlamentswahlen eine bittere Pleite hinnehmen müssen und gleich 4 ihrer 15 Nationalratsmandate verloren.

Dass die Grünen gestern letztlich chancenlos blieben mit ihrer Atomausstiegsinitiative, lag vor allem an der Deutschschweiz. Dort sprachen sich nur zwei Kantone – die beiden Basel – für ein Ja aus. In Basel-Stadt war es mit 60,5

Prozent gar ein deutliches. Ansonsten aber wollten die Deutschschweizer nichts wissen vom raschen Atomausstieg, wobei die Ablehnung in den ländlichen Kantonen am stärksten war. So legten in Schwyz nur gerade knapp 32 Prozent ein Ja ein. Ähnlich gering war die Resonanz auch in Appenzell Innerrhoden (34 Prozent) und in Nid- und Obwalden. Deutlich höher war der Ja-Anteil in den Städten. In Bern etwa sprachen sich knapp 63 Prozent für ein Ja aus.

Atom-Röstigraben blitzt wieder auf

Daneben waren es vor allem die Westschweizer, die den Grünen zu ihrem – um bei Glättli zu bleiben – «Achtungserfolg» verhalfen. Der Röstigraben trat

gestern deutlich zu Tage, denn in der Westschweiz stimmten vier von sechs Kantonen Ja. In Genf war die Zustimmung mit 59 Prozent am grössten, gefolgt von den Kantonen Jura und Neuchâtel mit 57 und Waadt mit 55 Prozent. In Freiburg und im Wallis sagten die Stimmbürger zwar Nein zur Initiative, aber ziemlich knapp.

Dass die Romands ticken als die Deutschschweizer, ist nichts Neues. Drei der sechs früheren Anti-AKW-Initiativen stiessen im französischsprachigen Gebiet auf Zuspruch. Zu einem Ja auf nationaler Ebene reichte es aber nur der Moratoriumsinitiative von 1990, die unter dem Eindruck der Tschernobyl-Katastrophe von 54,5 Prozent der

Stimmbürger angenommen wurde. Die Stimmbeteiligung lag gestern mit 45 Prozent im Durchschnitt.

Einmal mehr deutlich hinter die Atomenergie stellten sich dabei die Standortgemeinden, obwohl die Steuereinnahmen von den AKW-Betreibern schon länger nicht mehr so lukrativ sind wie auch schon. So legten im aargauischen Leibstadt, wo das leistungsstärkste Schweizer AKW steht, fast 90 Prozent ein Nein zur Initiative ein. Auch in Döttingen mit dem im Abstimmungskampf viel kritisierten AKW Beznau I – dem ältesten der Welt – hatten die Grünen nicht den Hauch einer Chance: 82,6 Prozent verwarfen ihre Initiative.

Dominic Wirth